

## Engagementstrategie Baden-Württemberg

### 1. Kontext: Engagementförderung in Baden-Württemberg

Das Land - genauer: die Landesverwaltung - in einer expliziten Verantwortlichkeit für die systematische Förderung des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements zu sehen, hat in Baden-Württemberg eine mittlerweile fast **25jährige Tradition**. Sie reicht von Modellprogrammen im Bereich innovativer Seniorenarbeit Anfang der 1990er Jahre („Seniorengenossenschaften“, „Initiative 3. Lebensalter“) über das „Landesprogramm Bürgerschaftliches Engagement“ bis zum 2001 gegründeten „Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“, das gemeinsam von Sozialministerium und kommunalen Landesverbänden getragen wird und für alle Kommunen und Verbände offen ist.

Charakteristisch für den damit markierten „baden-württembergischen Weg“ war und ist erstens, dass Engagementförderung als Förderung „*Bürgerschaftlichen Engagements*“ konnotiert und damit in den **Horizont der Idee der Zivilgesellschaft** eingeordnet wird (vgl. Roß 2012: 60, 205); primäres Ziel ist die Stärkung der Demokratie und des sozialen Miteinanders in der Gesellschaft, nicht die Rekrutierung von „HelferInnen“. Dem entsprechend wird zweitens **Engagementförderung als Aufgabe und Herausforderung verschiedener Akteursfelder** (Bürgerschaft, Staat und große Organisationen, aber auch Wirtschaft) verstanden und praktiziert. Drittens wird **Engagementförderung als Politikfeld** und ordnungspolitische Aufgabe interpretiert, die deutlich über die klassische (finanzielle) Unterstützung des Ehrenamts in Vereinen und Verbänden hinausgeht. Für die Umsetzung eines solchen Konzepts von Engagementförderung kommt der **Arbeit in Netzwerken** - ein viertes Charakteristikum - besondere Bedeutung zu. Dies gilt für die örtliche Ebene, insbesondere aber für die Landesebene: Im „Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ sind viele wichtige Multiplikatoren und Unterstützer der Engagementförderung vertreten: Die Kommunalen Spitzenverbände, die kommunalen Netzwerke der Engagementförderung (Städte-, Gemeinde- und Landkreisnetzwerk), die Verbände der Liga der freien Wohlfahrtspflege, die mit dem Thema in Verbindung stehenden Landesministerien, VertreterInnen der Sportverbände, ARBES e.V. als Verbund freier Initiativen, Fachkräfte aus Kommunen und Verbänden usw. Diese Akteure treffen sich regelmäßig zu Landesnetzwerk-Konferenzen.

Mit Blick auf den damit beschrittenen Weg ist dem Süd-West-Bundesland in den vergangenen Jahren des Öfteren ein Vorbildcharakter in der föderalen Landschaft der Bunderepublik bescheinigt worden (vgl. zuletzt Olk/Rüttgers/Beinke 2011: 62). Gleichwohl setzte sich 2011/2012 der Eindruck durch, die Förderung Bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg bedürfe neuer Impulse. Hinzu kommt: Im ländlichen Raum ist in Baden-Württemberg ein drastischer Rückgang der Engagementquote um fast 20 Prozentpunkte zu verzeichnen. Und: 34 Prozent der bislang nicht engagierten Menschen im Land können sich vorstellen, sich zu engagieren, tun dies aber bislang aus diversen Gründen (noch) nicht. Hier sollen Hindernisse beseitigt und Brücken ins Engagement gebaut werden. Daher wurden nicht nur die Strukturen angepasst, sondern v.a. die **Initiative zu einer nachhaltigen Dynamisierung des Landesnetzwerks** ergriffen: Die Erarbeitung und Umsetzung einer „Engagementstrategie Baden-Württemberg“ in einem mehrjährigen landesweiten Beteiligungsprozess.

## **2. „Engagementstrategie Baden-Württemberg“: Idee, Fragestellungen, Ziele**

Die Idee einer landesweiten Strategie wurde 2012 auf einer Konferenz des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement entwickelt. Die Netzwerkmitglieder haben dabei zum einen ihre einhellige Bereitschaft zur Mitwirkung an der Erarbeitung dieser Strategie erklärt. Zum anderen sind sie eine Selbstverpflichtung eingegangen, die abschließenden Ergebnisse und Handlungsempfehlungen mitzutragen und in ihren Institutionen zu implementieren.

Das verbindende **übergeordnete Ziel** ist die Verwirklichung einer sozial lebendigen und solidarischen Bürgergesellschaft als Aufgabe von Landespolitik und sozial engagierten Organisationen. Sich als Bürgerin und Bürger freiwillig engagieren zu können, wird dabei zuerst und vor allem als ein Moment gesellschaftlicher Teilhabe verstanden.

Im Mittelpunkt aller Überlegungen zur Engagementstrategie steht die **Frage**, was die Menschen vor Ort (und zwar bezogen auf ihr jeweiliges regionales, soziales und persönliches Umfeld) brauchen, damit sie sich bürgerschaftlich engagieren können – bzw. welche einem solchen Engagement entgegenstehenden Hemmnisse abzubauen sind. Untrennbar damit verbunden ist die Frage, was das Land, die Kommunen und die freien Träger dazu beitragen können, um dieses Engagement und damit Teilhabe für alle zu *ermöglichen*. Weiter stellt sich die Frage, was die Kommunen und freien Träger in Baden-Württemberg ihrerseits brauchen, damit sie wirksam und nachhaltig Engagement fördern können. Auch hier folgt die weitere Überlegung, welchen Beitrag das Land dabei leisten kann.

Somit sollen mit der „Engagementstrategie Baden-Württemberg“ möglichst vielfältige konkrete Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement und zur Aktivierung zusätzlicher Engagementpotentiale aufgezeigt werden. Potentiell allen Menschen soll möglich sein, sich zu engagieren. Die ungleiche Teilhabe unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen soll dabei besondere Berücksichtigung finden. Ziel ist ferner die Verbesserung der Qualität der Engagement-Angebote und der Ausbau der Engagementfelder.

Sehr wohl bewusst war den baden-württembergischen Akteuren, dass zwei Jahre zuvor ein von der Begrifflichkeit ähnliches Projekt für Diskussionen gesorgt hatte: Die sog. „Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung“ (BUNDESREGIERUNG 2010). In Anbetracht nicht weniger kritischer Stimmen (vgl. Embacher 2011) war klar: „Wir wollen es anders machen“. Das hieß vor allem zweierlei: Es muss um mehr gehen als um eine Zusammenfassung bereits bestehender Aktivitäten der Landesadministration. Und es muss um eine echte Beteiligung der relevanten Akteure gehen.

### **3. Der Weg: Beteiligungsprozess zu einer „Engagementstrategie Baden-Württemberg“**

Innerhalb des Landesnetzwerks bestand Konsens, dass die „Engagementstrategie Baden-Württemberg“ nicht auf Vollständigkeit und erschöpfende Bearbeitung aller relevanten Themen bzw. Handlungsfelder ausgerichtet sein sollte. Sie wurde vielmehr als fortlaufender, dynamischer Prozess verstanden, in dem gewonnene Erkenntnisse, Ergebnisse und Empfehlungen periodisch einer fachlich fundierten Überprüfung unterzogen werden. Daher haben sich die Partner im Sinne einer **inhaltlichen Fokussierung** zunächst auf fünf Engagementfelder verständigt, die mit Blick auf die Zielsetzung, möglichst allen Menschen die Teilhabe an einer lebendigen Bürgergesellschaft zu ermöglichen, besonders wichtig erscheinen: „Menschen mit Migrationshintergrund“, „Menschen mit Behinderungen“, „Ältere und Pflege“, „Jugend und Freiwilligendienste“ sowie „Unternehmerisches gesellschaftliches Engagement“. Was zu diesen Feldern in 2013 erarbeitet wurde, stellt damit einen ersten Schritt dar, der ggf. langfristig eine Fortführung mit weiteren Themen finden kann.

Die Erarbeitung der „Engagementstrategie Baden-Württemberg“ orientierte sich an dem Leitsatz, dass **Engagementpolitik immer auch Demokratiepoltik** ist. Bürgerschaftliches Engagement ist ganz auf Beteiligung ausgerichtet. Damit sind zugleich Gütekriterien für Ergebnisse und Prozesse der Engagemententwicklung formuliert: klare politische Legitimation, Partizipation und Transparenz.

Zentral für die **politische Legitimation** war, dass das baden-württembergische Landeskabinett dem Prozess zur Erarbeitung der Engagementstrategie am 18.

Dezember 2012 grünes Licht gegeben und sich geschlossen bereiterklärt hat, dieses Vorhaben aktiv zu unterstützen. Die Ergebnisse des Prozesses, also die ausformulierte Engagementstrategie, zusammen mit einer Stellungnahme der Landesregierung wurden am 8. April 2014 wiederum ins Kabinett eingebracht. Dies bedeutet nicht nur ein wichtiges Signal an alle am Prozess Beteiligten, sondern markiert zugleich einen wichtigen Schritt mit Blick auf das Ziel, die Engagementförderung als Politikfeld zu etablieren (vgl. Olk/ Klein/ Hartnuß 2010).

Für die Entwicklung der „Engagementstrategie Baden-Württemberg“ sollten in einem breiten

**Beteiligungsprozess** die Potentiale genutzt werden, die das Landesnetzwerk bietet: An Zugängen zu relevanten Akteuren, an inhaltlicher Expertise, aber auch an strategischer Kompetenz hinsichtlich der Umsetzung. Um dies zu ermöglichen, wurden zu den o.g. Themenfeldern fünf sog. „**Forschungs- und Entwicklungsteams**“ (**FETs**) gebildet. Zur Mitarbeit in den FETs konnten zahlreiche bürgerschaftlich Engagierte, VertreterInnen von Landesministerien, kommunale Fachkräfte der Engagementförderung

<b>Engagementstrategie Baden-Württemberg</b>	
<b>Initiative:</b>	Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Baden-Württemberg
<b>Grundlage:</b>	Kabinettsbeschlüsse vom 18.12.2013 (Erarbeitung) und 08.04.2014 (Umsetzung)
<b>Ziel:</b>	Verwirklichung einer sozial lebendigen und solidarischen Bürgergesellschaft, in der es potentiell allen Menschen möglich ist, sich zu engagieren
<b>Organisation:</b>	Strukturierter, ergebnisoffener Beteiligungsprozess
<b>Erarbeitung:</b>	Dezember 2012 bis Dezember 2013
<b>Schwerpunkt:</b>	Engagementfelder „Menschen mit Migrationshintergrund“, „Menschen mit Behinderungen“, „Ältere Menschen“, „Pflege“, „Jugend und Freiwilligendienste“, „Unternehmerisches gesellschaftliches Engagement“.
<b>Beteiligte:</b>	Weit über 100 VertreterInnen von Landesministerien, Kommunen, freien Organisationen (Wohlfahrts- und Sportverbände, Migranten-Selbstorganisationen); engagierte BürgerInnen
<b>Ergebnisse:</b>	Ca. 140 Empfehlungen an Land, Kommunen, Verbände, Wirtschaft und Bürgerschaft
<b>Umsetzung:</b>	Konkrete Maßnahmen durch das Land; Initiativen des Landes gegenüber dem Bund; Empfehlungen an Kommunen, Verbände und Bürgerschaft; Entwicklungsprogramm „Gemeinsam sind wir bunt“ (2014-2016)

sowie VertreterInnen von Wohlfahrts-, Sport-, Kultur-, Migranten- und Selbsthilfeorganisationen aus dem ganzen Land gewonnen werden. Um eine Vielfalt der Perspektiven zu gewährleisten, wurden sowohl VertreterInnen der bürgerschaftlichen, kommunalen und verbandlichen „Basis“ als auch VertreterInnen der jeweiligen Landesorganisationen angesprochen. ExpertInnen aus dem Landesnetzwerk und der Wissenschaft übernahmen die Aufgabe der Moderation der FETs und der Strukturierung des Arbeitsprozesses. Mit einem Kern von jeweils etwa 10 bis 20 Mitgliedern waren die FETs von Beginn an keine geschlossenen Gruppen, sondern luden zum Mitmachen ein. Sie standen ausdrücklich auch denjenigen offen,

die nicht ständig mitarbeiten wollten oder konnten. Zudem initiierten einige FETs zusätzliche Dialogveranstaltungen (z. T. dezentral im Land), in denen weitere Einschätzungen zusammengetragen und zugleich das Anliegen der Engagementstrategie multipliziert wurde. Die FETs boten als Werkstätten die Gelegenheit, die Engagementstrategie mit Leben zu füllen, sie mit konkreten Inhalten zu versehen und gleichzeitig ein Miteinander unterschiedlicher Akteure auf Augenhöhe zu praktizieren bzw. weiterzuentwickeln. Auf diese Weise konnten unterschiedliche Sichtweisen, aber auch Interessen und Engagementkulturen themenbezogen zusammengeführt, Kontroversen ausgetragen und eine Verständigung über engagementpolitische Zielsetzungen und Maßnahmen erzielt werden.

Um ein ergebnisorientiertes Arbeiten der Teams zu gewährleisten, aber auch um den beteiligten Akteuren klare Anhaltspunkte zu geben, mit welchem zeitlichen und inhaltlichen Einsatz sie zu rechnen hatten, wurden **Auftrag und Zeitplan** klar abgesteckt. Die FETs waren angehalten, nach einem einheitlichen Arbeitsplan vorzugehen, der die Schritte „Bestandsaufnahme“, „Visionen“ und „Handlungsempfehlungen“ umfasste.

Klar herauszustellen, dass mit dem Kabinettsbeschluss vom Dezember 2012 zwar ein politisches Mandat für die Engagementstrategie erteilt, jedoch keine positive Entscheidung über die Inhalte vorweggenommen war, gehörte zu jener **Transparenz der Spielräume und Spielregeln**, die für das Gelingen von Beteiligungsprozessen essentiell ist. Gegenüber den Beteiligten wurde unmissverständlich geäußert, dass die abschließende Entscheidung über eine Umsetzung der das Land betreffenden Maßnahmen bei der Landesregierung liege, diese aber in jedem Fall alle Vorschläge eingehend prüfen und mit einer Stellungnahme versehen werde. Deutlich formuliert wurde zudem, dass - im Sinne des akteursübergreifenden Grundansatzes der baden-württembergischen Engagementförderung (s.o.) - die Strategie ihre Empfehlungen keineswegs allein an das Land adressieren sollte, sondern ebenso an Kommunen und Landkreise, Verbände und Organisationen, Wirtschaft sowie Bürgerschaft.

#### **4. Ergebnisse**

Im Oktober 2013 lagen die Arbeitsergebnisse der Forschungs- und Entwicklungsteams vor. Zu sechs Feldern (im Verlauf des Prozesses hatte es sich als sinnvoll erwiesen, die Felder „Ältere Menschen“ und „Pflege“ einzeln zu behandeln) lagen nicht nur differenzierte Analysen des Ist-Standes und Entwicklungsvision vor, sondern insbesondere insgesamt 142

Handlungsempfehlungen (MASFFS 2014).<sup>1</sup> Sie reichen von sehr konkreten Vorschlägen bis zu gesellschaftlichen Visionen.

Darauf folgten der Abstimmungsprozess mit den tangierten Landesministerien und die Erarbeitung einer Stellungnahme der Landesregierung zum Ergebnis des Beteiligungsprozesses (vgl. MASFFS 2014, 91-111). Dazu wurden die Empfehlungen (quer zu den sechs Themenfeldern) den Handlungsebenen Bund, Land, Kommune, Verbände/Vereine und Bürgerschaft zugeordnet.

Die an **Kommunen, Verbände/Vereine und Bürgerschaft** adressierten Handlungsempfehlungen konnten naturgemäß nicht von der Landesregierung beschlossen werden. Hier sind die angesprochenen Akteure als Mitglieder des Landesnetzwerks und Beteiligte am Prozess der Engagementstrategie gefragt, sich die Vorschläge im Sinne einer Selbstverpflichtung zueigen zu machen und umzusetzen.

Was die **Handlungsebene Bund** betrifft, so verfügt das Land hier ebenfalls über keine direkte Regelungskompetenz, hat aber beschlossen, entsprechende Initiativen Richtung Bund (etwa über den Bundesrat) auf den Weg zu bringen. So heißt es in der Stellungnahme etwa: *„Die Landesregierung wird sich der Engagement hemmenden Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern annehmen und sich für die Öffnung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern einsetzen“*.

Die **Handlungsebene Land** dagegen liegt in der genuinen Entscheidungskompetenz der Regierung. Die diese Ebene betreffenden Empfehlungen wurden nochmals differenziert:

- **Maßnahmen mit Regelungscharakter.** D.h. Maßnahmen, die das Land durch entsprechende, in seiner Kompetenz liegende Regelungen selbst umsetzen wird (Beispiel: *„Die Landesregierung wird dafür Sorge tragen, dass die vom Land aufgelegten Förderprogramme niederschwellig und so bürokratiearm wie möglich gestaltet werden, damit selbstorganisiertes Engagement von jungen Menschen und von Menschen mit internationalen Wurzeln nicht an formalen Hürden scheitert“*).
- **Maßnahmen für Entwicklungsprojekte.** D.h. Maßnahmen, die das Land nicht einfach durch entsprechende Regelungen umsetzen kann, zu denen es aber entsprechende Entwicklungsprozesse auf den Weg bringen wird, indem es mit Unterstützung der Baden-Württemberg Stiftung Finanzmittel bereitstellt und Steuerungsaufgaben wahrnimmt (Beispiel: *„Die Empfehlung, die Engagementförderung mit Lebenswelt bezogenen Bildungsangeboten gerade für*

---

<sup>1</sup> Vgl. <http://www.sm.baden-wuerttemberg.de/fm7/1442/Engagementstrategie%20Baden-W%FCrttemberg.725904.pdf>.

*Personengruppen zu verbinden, die bislang schlechte Zugangschancen zum Engagement haben, soll modellhaft erprobt werden“). Die exemplarische Umsetzung dieser Maßnahmen ist Gegenstand des Entwicklungsprogramms „Gemeinsam sind wir bunt“, das im Juni 2014 startet (s.u. 6.).*

- **Überführung in andere Vorhaben der Landesregierung:** Einige der formulierten Handlungsempfehlungen verlangen weder spezifische Regelungen noch eigene Entwicklungsinitiativen, sondern können im Sinne von Synergieeffekten in andere bereits bestehende Vorhaben, wie z. B. den Zukunftsplan Jugend des Landes, eingesteuert werden.
- **Nicht befürwortete Vorschläge:** Einige Handlungsempfehlungen sind nicht zur Umsetzung vorgesehen. Zu jeder Ablehnung wurde eine Begründung gegeben.

Durch die von der Landesregierung beschlossenen Umsetzungsschritte ist zugleich das politische Mandat für den Prozess zur Umsetzung der Strategie erteilt (s.u. 6.).

## 5. Erfahrungen

Die Erarbeitung der „Engagementstrategie Baden-Württemberg“ hat sich als typischer Beteiligungsprozess erwiesen. Sie hat hohe Aufmerksamkeit erfahren und großes Interesse an Mitwirkung erzeugt. *Beteiligt zu werden*, wurde von vielen Akteuren als Wertschätzung erlebt. Aber auch Skepsis wurde artikuliert: Lohnt sich die Mühe der Mitwirkung? Wird ein gleichberechtigter Dialog der höchst unterschiedlichen Akteure gelingen und wird etwas Substanzielles dabei herauskommen? Und vor allem: Gibt es den ernsthaften politischen Willen, die Ergebnisse zur Kenntnis zu nehmen und umzusetzen?

Wir versuchen eine Bilanz.

Es hat sich bewährt, einem **Konzept der „strukturierten Offenheit“** zu folgen: Offenheit gegenüber den Ergebnissen und gegenüber an der Mitarbeit interessierten Menschen – und zugleich eine klare Strukturierung des Prozesses im Sinne von politischer Mandatierung mit definierten Spielräumen, gezielter Ansprache von Akteuren, Zeit- und Arbeitsplänen, geklärten Verantwortlichkeiten und Ressourcenausstattung. Auf diese Weise konnte in relativ kurzer Zeit eine **Fülle von konkreten Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Engagementförderung in Baden-Württemberg** entwickelt werden. Es zeigte sich: Wenn Gesprächsräume eröffnet werden, in denen Menschen, denen die Weiterentwicklung der Engagementförderung ein Anliegen ist (seien sie nun engagierte BürgerInnen oder VertreterInnen von Institutionen), ihre Sichtweisen einbringen können, dann entsteht eine deutlich höhere Ergebnisqualität, als wenn nur einzelne Akteure am Werk sind.

Und es entsteht die Motivation, sich auch für die Umsetzung der Arbeitsergebnisse einzusetzen.

Insofern ist es insbesondere gelungen, eine im besten Sinne **zivilgesellschaftliche Kultur des Dialogs** zwischen verschiedenen Akteursfeldern und die „Politik des Gehörtwerdens“, der sich die amtierende Landesregierung verschrieben hat, exemplarisch zu verwirklichen. Der Dialogprozess ermöglichte außerdem, dass nicht *über* die Betroffenen, also die aktuell oder potentiell engagierten BürgerInnen, gesprochen wurde, sondern *gemeinsam mit ihnen*. Hier zeigte sich die besondere **Stärke des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement**: Es ermöglichte nicht nur - horizontal - ein Zusammenwirken verschiedener gesellschaftlicher Sektoren (Ministerien, Verbände, Bürgerschaft), sondern auch - vertikal – eine Konsultation von der Landesebene über die Kommunen bzw. die örtlichen Verbandsgliederungen bis hin zu aktiven Bürgergruppen. Auf diese Weise fanden in den Teams - z. T. durchaus nach vorausgegangenen kontroversen Debatten - Verständigungsprozesse zwischen Akteuren mit sehr unterschiedlichen Perspektiven statt. Dass sich dabei zumindest in ersten Ansätzen auch solche Gruppen Gehör verschaffen konnten, deren Stimme sonst eher weniger wahrgenommen wird (insbesondere), und auf diese Weise bestehende Annahmen korrigiert wurden (z. B. Einschätzungen hinsichtlich des Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund), darf als Aufforderung gelten, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Auch insofern erwies sich das Vorhaben einer „Engagementstrategie Baden-Württemberg“ als „**lernendes System**“.

Wie wichtig es für die jeweiligen Akteure ist, dass in einem Beteiligungsprozess sowohl ihre Teilhabeansprüche als auch ihr vorhandenes **Engagement in seiner Vielfalt wahrgenommen und gewürdigt** wird, zeigte sich nicht nur mit Blick auf Migranten-Organisationen, sondern auch hinsichtlich junger Menschen, älterer Menschen und Menschen mit Behinderungen. Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement hat in einer Gesellschaft der Vielfalt in den zurückliegenden Jahrzehnten einen Reichtum an Facetten entwickelt, der von der offiziellen Engagementförderung oft nur unzureichend wahrgenommen wird.

## **6. Die nächsten Schritte: Maßnahmen der beteiligten Akteure und Förderung von Entwicklungsprojekten zur Umsetzung der Engagementstrategie**

In der nächsten Phase, die mit einem landesweiten Kongress am 23.06.2014 gestartet wurde, wird sich zeigen, ob alle Mitglieder des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement tatsächlich bereit sind, Verantwortung in ihren jeweiligen Bereichen zu übernehmen und die Empfehlungen der Engagementstrategie umzusetzen: Als Kommune, als Verband, Verein oder

Organisation, als Unternehmen, als Fachkraft oder als BürgerIn. Das Land hat sich im Kabinettsbeschluss bereits verpflichtet, eine Reihe von in seinen Zuständigkeitsbereichen liegenden Maßnahmen umzusetzen.

Alle übrigen Maßnahmen innerhalb der Handlungsebene Land sollen in Entwicklungsprojekten modellhaft in den verschiedenen Lebens- und Begegnungsräumen erprobt werden. Für diese „Maßnahmen für Entwicklungsprojekte“, schrieb das Sozialministerium bereits im Mai 2014 das Programm „Gemeinsam sind wir bunt. Lebensräume zu Engagementräumen entwickeln“<sup>2</sup> aus, das durch die finanzielle Unterstützung der Baden-Württemberg Stiftung ermöglicht wird. Dabei ist es im Sinne der Ergebnisse der FETs folgerichtig, die Förderung des Engagements nicht auf einzelne Personengruppen zu fokussieren. Ziel ist vielmehr, die Begegnung der Akteure und ihr konstruktives und kooperatives Miteinander-Leben und Zusammenwirken an den Orten zu fördern, an denen sie leben (Lebens- und Begegnungsräume). Durch deren gemeinsame Initiative soll es möglich werden, **soziale Räume zu „Engagement-Räumen“ zu entwickeln**, die möglichst vielen verschiedenen Menschen mit ihren unterschiedlichen Formen des Engagements offenstehen, also „barrierefrei“ für Engagement sind. Dabei kann es um Nachbarschaften, Quartiere oder Stadtteile, Städte, Gemeinden, Regionen etc. gehen.

Insgesamt können rund 20 Vorhaben mit bis zu 30.000 Euro gefördert werden. Indem diese Maßnahmen wiederum in den Kontext des Landesnetzwerks mit seinen Teilnetzwerken eingebunden sind, ist die Voraussetzung gegeben, dass sie nicht isolierte und wenig nachhaltige Einzelprojekte bleiben, sondern **Schritte auf dem Weg eines langfristigen Lernprozesses** (s.o. „lernendes System“).

Die Erarbeitung einer Engagementstrategie für Baden-Württemberg in einem landesweiten Beteiligungsprozess anzugehen (statt sie durch die Landesverwaltung oder eine Expertenkommission erstellen zu lassen), war ein Wagnis mit ungewissem Ausgang. Im Ergebnis – und dies ist der zentrale positive Ertrag – schafft ein solcher dialogischer Entwicklungsprozess die Basis dafür, auch bei der Umsetzung der Empfehlungen zusammenzuarbeiten (statt sich gegenseitig die Verantwortung zuzuschieben). Inwieweit dies tatsächlich gelingt, stellt die Bewährungsprobe für die kommenden Jahre dar.

---

<sup>2</sup> [http://www.sm.baden-wuerttemberg.de/fm7/1442/Programm\\_Gemeinsam-sind-wir-bunt.pdf](http://www.sm.baden-wuerttemberg.de/fm7/1442/Programm_Gemeinsam-sind-wir-bunt.pdf).

**Paul-Stefan Roß**, Dr. rer. Soc., Dipl.-Theol., Dipl.-Sozialarb. (FH). Professor für Soziale Arbeit an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg – Stuttgart, Fakultät Sozialwesen. Leiter der Fachberatung des Gemeinденetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Baden-Württemberg.

**Kontakt:** [ross@dhbw-stuttgart.de](mailto:ross@dhbw-stuttgart.de)

**Marion Deiß**, Leiterin des Referats 16 – Bürgerschaftliches Engagement – im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg.

**Kontakt:** [marion.deiss@sm.bwl.de](mailto:marion.deiss@sm.bwl.de)

**Dr. Angela Postel**, Referentin im Referat 16 – Bürgerschaftliches Engagement – im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg.

**Kontakt:** [angela.postel@sm.bwl.de](mailto:angela.postel@sm.bwl.de)

## **Literatur**

BMFSFJ = Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010: Hauptbericht des Freiwilligen surveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement, München

BUNDESREGIERUNG (Hrsg.) 2010: Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung. Berlin.

EMBACHER, Serge 2011: Wenig Staat, zu viel Regierung. Irrungen und Wirrungen aktueller Engagementpolitik: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 3/2011, 82-89.

MASFFS - MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG, FAMILIE, FRAUEN UND SENIOREN BADEN-WÜRTTEMBERG 2014: Engagementstrategie Baden-Württemberg – Lebensräume zu ‚Engagement-Räumen‘ entwickeln – Ergebnisse des Beteiligungsprozesses und Bewertung. Stuttgart

OLK, Thomas/KLEIN, Ansgar/HARTNUß, Birger (Hrsg.) 2010: Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe (Bürgergesellschaft und Demokratie Bd. 32, Wiesbaden.

OLK, Thomas/RÜTTGERS, Martin/BEINKE, Inga 2011: Netzwerke der Engagementförderung in Deutschland. Analyse und Empfehlungen zur Weiterentwicklung (Projektbericht). Oktober 2011, Halle/Köln.

ROß, Paul-Stefan 2012: Demokratie weiter denken. Reflexionen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Bürgerkommune, Baden-Baden 2012